

**Geschäftsführung**  
**BV Langerfeld-Beyenburg**

Es informiert Sie	Oliver Saurin
Telefon (0202)	+49 202 563 5540
Fax (0202)	+49 202 563 8046
E-Mail	Oliver.Saurin@stadt.wuppertal.de
Datum	17.12.18

---

## **Niederschrift**

### **über die öffentliche/nicht öffentliche Sitzung der Bezirksvertretung Langerfeld-Beyenburg (SI/0008/18) am 04.12.2018**

Anwesend sind:

#### **von der SPD-Fraktion**

Herr Andreas Bialas, Frau Ulrike Fischer, Herr Eberhard Hasenclever, Frau Ursula Maria Krah (ab 19.30 Uhr), Herr Peter Röder,

#### **von der CDU-Fraktion**

Herr Klaus Frische, Herr Karl Grünewald, Herr Dr. Frank Stromberg, Herr Joachim van Elsen,

#### **von der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN**

Herr Michael Berger, Frau Ute Elisabeth Eichler-Tausch,

#### **von DIE LINKE**

Herr Uwe Meves-Herzog,

#### **von der WfW**

Herr Günter Schnur,

#### **von der AfD**

Herr Volker Kämpf ,

#### **berat. Teilnehmer § 36 VI u. VII GO NRW**

Frau Bettina Lünsmann,

#### **als Vertreter/in des Oberbürgermeisters**

Herr Frank Meyer,

Nicht anwesend sind:

**von der FDP**

Herr Marcel Schnürer (unentschuldigt),

Schriftführer: Oliver Saurin

Beginn: 19:06 Uhr

Ende: 20:47 Uhr

Vor Eintritt in die Tagesordnung bittet Frau Eichler-Tausch die Tagesordnung um den unter Punkt 13 aufgeführten Tagesordnungspunkt zu erweitern. Der Bezirksbürgermeister stimmt dem Antrag zu.

Zu Tagesordnungspunkt 4 wünschen die Eheleute Zimnowoda gehört zu werden.

## **I. Öffentlicher Teil**

---

### **1 Bericht des Bezirksbürgermeisters**

Der Bericht des Bezirksbürgermeisters ist im Ratsinformationssystem eingestellt und dort abrufbar.

---

### **2 Bericht aus dem Jugendrat**

Vertreter des Jugendrates sind nicht anwesend. Der Bericht entfällt.

---

### **3 Anfragen und Anregungen an die Verwaltung sowie Antworten**

Derzeit gibt es keine Anfragen an die Verwaltung.

---

#### **3.1 Nachfolge der Schulleitung Fritz-Harkort-Schule**

Antwort der Verwaltung vom 15.11.2018  
zu TOP 3 vom 06.11.2018 (SI/0007/18)  
Betreff: Schulleitung Fritz-Harkort –Schule

Die Stelle der Schulleitung wird gemäß der Vorgaben ausgeschrieben – Bewerbungsschluss ist der 30.11.18. Erst nach abgeschlossenem Verfahren kann die Nachfolge veröffentlicht werden. Seitens des Schulamtes wird geklärt, wer die Schule ggfls. ab dem 01.02.19 kommissarisch - bis zur endgültigen Besetzung der Stelle – leitet, sofern eine Besetzung zum 01.02.19 nicht möglich sein sollte.

Die Bezirksvertretung nimmt die Antwort der Verwaltung zur Nachfolge der Schulleitung Fritz-Harkort-Schule zur Kenntnis.

---

#### **4 Allgemeine Verkehrssituation Bornscheuer Straße Vorlage: VO/1014/18**

**Herr Zimnowoda**, Anwohner der Bornscheuer Straße, verweist auf die bereits schriftlich geäußerten Sachverhalte. Die verkehrlichen Zustände in der Bornscheuer Straße haben sich erheblich verschlechtert. Er sehe eine große Gefahr für Schulkinder, da z.B. zahlreiche KFZ den Bürgersteig nutzten, um die Straße durchfahren zu können, wenn z.B. ein Müllwagen auf der Fahrbahn stehe. Er verweise auch auf die mittlerweile vorliegende Unterschriftenliste von weiteren Anwohnern. Die Anwohner wünschen sich Lösungen seitens der Verwaltung, wobei die Verlagerung der Haltestelle für den Schwimmbus in die Windhukstraße schon als große Entlastung für die Bornscheuer Straße gesehen werde.

**Herr Hasenclever** verweist darauf, dass derartige Problemlagen im gesamten Stadtgebiet Wuppertal vorlägen und bittet für die Verwaltung um Nachsicht, da diese personell stark unterbesetzt sei und allen Aufträgen nicht sofort nachkommen könne.

**Herr Meyer** sehe eine vielschichtige Problemlage. Er rege daher an, eine unter Einbeziehung des Ordnungsamtes und der Abteilung Verkehrslenkung einvernehmliche Lösung mit allen Beteiligten zu suchen.

**Frau Fischer** bestätigt die Aussage von Herrn Zimnowoda und sie sehe akuten Handlungsbedarf. Als mögliche Verringerung der Gefahren könne die Verschiebung der Abholzeiten der Müllabfuhr sein.

**Herr Bialas** ist für eine sofortige Überwachung der Einhaltung der Verkehrsregeln durch das Ordnungsamt.

#### Beschluss der Bezirksvertretung Langerfeld-Beyenburg vom 04.12.2018:

Die Bezirksvertretung beschließt die Drucksache geändert:

Die Bezirksvertretung beschließt, die Verwaltung werde gebeten, zu überprüfen, ob

1. Die Verkehrsregelungen in der Bornscheuerstraße noch den Bedürfnissen aller Anlieger entsprechen.
2. In Absprache mit allen Anliegern Lösungen zu erarbeiten

Die Bezirksvertretung bittet die Verwaltung die Örtlichkeiten kurzfristig in Augenschein zu nehmen und eine Überwachung des ruhenden und fließenden Verkehrs vorzunehmen.

Die Bezirksvertretung wünscht sich darüber hinaus durch die Fachverwaltung eine erste Stellungnahme zur kommenden Sitzung am 12.02.2019.

Einstimmigkeit

---

#### **5 Gewerbebrachen - Spitzenstraße - Kohlenstraße, Vorstellung der Rahmenplanung, Vorstellung eines Verkehrskonzeptes Vorlage: VO/1042/18**

**Herr Hasenclever** verweist auf den Gesprächsabend am 17.12.2018, 19.00 Uhr, im Haus der Freiwilligen Feuerwehr Am Timpen 44, zu dem die Mitglieder der Bezirksvertretung, die Bürgervereine und Bürger von Langerfeld-Beyenburg eingeladen sind, um über Langerfelder Themen zu diskutieren. Herr Hasenclever richtet die Einladung auch ausdrücklich an die Verwaltung.

**Herr Meyer** könne nicht teilnehmen. Er verweise aber darauf, dass es sich zum Beispiel zum Thema Bebauung Spitzenstraße um ein Thema handele, welches nicht öffentlich behandelt werden müsse. Es gelte den Datenschutz zu beachten. Der Personenkreis für den 17.12.2018 sei zu groß gefasst. Er schlage vor, sich zum Thema in der nächsten Sitzung am 12.02.2019 in einem nicht öffentlichen Teil zu äußern.

**Herr Frische** moniert die aus seiner Sicht zu vielen Themen für den 17.12.2018. Innerhalb des Zeitrahmens von zwei Stunden können gar nicht alle Themen angesprochen werden. Des Weiteren möchte er nicht, dass die Verwaltung

gegenüber den Bürgern bloßgestellt werde. Der Termin sei auch zu kurzfristig gewählt.

Laut **Herrn Grünewald** müsse jetzt damit begonnen werden sich um die Zukunft Langerfelds Gedanken zu machen, insbesondere die Brachflächen.

**Herr Meyer** empfiehlt zum Termin am 17.12.2018 den derzeitigen Grundstückseigentümer des Geländes Spitzenstraße einzuladen.

**Herr Hasenclever** möchte sich zunächst die Bedürfnisse und Anregungen der BürgerInnen anhören und nicht die der Eigentümer.

**Herr Röder** beantragt eine Sonder-Sitzung im Januar 2019.

**Frau Eichler-Tausch** beschwert sich beim Bezirksbürgermeister über die aus ihrer Sicht willkürliche Reihenfolge der Redner zum Thema. Sie kritisiere die Einladung über die Geschäftsführung der Bezirksvertretung. Die Einladung bekomme so einen bestimmten Charakter, den sie gar nicht habe. Die Einladung werde nicht über die Bezirksvertretung ausgesprochen.

**Herr Hasenclever** sagt, Planungen seien grundsätzlich öffentlich zu machen.

**Herr Meyer** entgegnet, das Planungsrecht sei hierzu eindeutig, zumal die Bezirksvertretung zur Brache Spitzenstraße bereits einen Grundsatzbeschluss gefasst bzw. diesem zugestimmt habe. Sobald es um konkrete Vorstellungen der Planungen gehe, sei der Grundstückseigentümer bei der Weitergabe von Informationen zustimmungspflichtig. Er werde in einem nicht öffentlichen Teil zur kommenden Sitzung am 12.02.2019 gerne Auskunft erteilen.

Beschluss der Bezirksvertretung Langerfeld-Beyenburg vom 04.12.2018:

Die Bezirksvertretung einigt sich darauf, dass es zur Vorlage keines Beschlusses bedarf. Die Drucksache wird lediglich zur Kenntnis genommen.

---

6

**Containerplatz an der Straße Sondern**  
**Vorlage: VO/1058/18**

Beschluss der Bezirksvertretung Langerfeld-Beyenburg vom 04.12.2018:

Die Bezirksvertretung beschließt, die ESW werden gebeten, den Containerplatz an der Straße Sondern, ähnlich wie den Platz an der Wendeschleife Grüental, mit einem Zaun zu umgeben.

Einstimmigkeit

---

7

**Nachtragshaushaltsplan 2019**  
**Vorlage: VO/0885/18**

**Herr Hasenclever** lehnt den Nachtragshaushalt in Gänze ab. Dieser entspreche nicht der Gemeindeordnung, insbesondere nicht § 37. Darüber hinaus sei die Hauptsatzung der Stadt Wuppertal rechtswidrig. Die Rechte der Bezirksvertretungen seien nicht korrekt umgesetzt. Seit 1974/1994 gebe es Beteiligungsrechte der Bezirksvertretungen, aufgeteilt nach bezirklichen und überbezirklichen Angelegenheiten. Er erwarte künftig eine Darstellung nach Landesgesetz.

Er verweise auch auf die Beratung der Bezirksvertretung Oberbarmen vom 27.11.2018 zur Drucksache. Hier seien als Beispiel die Tarifierhöhungen für Angestellte zu nennen, welche mit 1,5% im Haushalt eingestellt würden, obwohl die Abschlüsse regelmäßig höher ausfielen. Realistischer wären 2%. Dieses ziehe immer eine Korrektur nach sich. Zu den zu niedrig angesetzten Tarifierhöhungen habe laut Dr. Kühn die Landesregierung aufgefordert.

Beschluss der Bezirksvertretung Langerfeld-Beyenburg vom 04.12.2018:

Die Bezirksvertretung empfiehlt dem Rat der Stadt wie folgt ungeändert zu beschließen:

Der Rat der Stadt beschließt die als Anlage beigefügte Nachtragsatzung 2019.

Stimmenmehrheit bei  
vier Gegenstimmen (SPD-Fraktion, Die Linke, WfW und AfD) und  
zwei Enthaltungen (SPD-Fraktion)

---

**8 Rahmenkonzept des Bürgerbudgets 2019**  
**Vorlage: VO/0932/18**

**Herr Hasenclever** berichtet von dem gemeinsamen Gespräch am 09.11.2018 aller BezirksbürgermeisterInnen und Herrn Telian vom Büro OB. Dort wurde auch über das Bürgerbudget berichtet und ein Papier „Gremiovorbehalt als Kriterium des Bürgerbudgets 2019“ vom 09.11.2018 mit allgemeinen Hinweisen ausgehändigt. Dieses Papier konnte erst heute weitergeleitet und deshalb jetzt der Niederschrift beigefügt werden. Herr Hasenclever werde dem Rahmenkonzept nicht zustimmen, da nach seiner Auffassung die Maßnahmen weitestgehend nach Landesgesetz Zuständigkeiten der Bezirksvertretungen betreffen. Darüber hinaus sei das Papier nicht in die Vorlage eingearbeitet.

**Frau Eichler-Tausch** könne nicht abstimmen, da ihr das besagte Papier nicht vorläge. Ihr fehlten Informationen.

**Herr Röder** finde eine Bürgerbeteiligung gut. Er kritisiere aber die immer wieder fehlerhafte Beteiligung der betroffenen Gremien bei Vorlagen. In vorliegendem Fall entscheide der Rat der Stadt bereits am 17.12.2018, wobei die Bezirksvertretung Uellendahl-Katernberg die Drucksache erst am 31.01.2019 auf der Tagesordnung habe. Dieses Procedere sei nicht akzeptabel. Er bitte dies ausdrücklich zu Protokoll zu nehmen.

**Herr Bialas** ist der Ansicht, das Bürgerbudget sei nicht zu beanstanden, jedoch müsse dann auch den Bezirksvertretungen mehr Geld zugesprochen werden, um ihre originären Aufgaben erfüllen zu können. Alternativ könne man die 150.000,- € des Bürgerbudgets auch auf alle zehn Bezirksvertretungen aufteilen. Er wünsche die Rechte und finanzielle Ausstattung der Bezirksvertretung zu stärken.

**Herr Meyer** gibt eine Erläuterung zur Vorlage ab. Man habe bei den bisherigen Regelungen zum Bürgerbudget Fehler festgestellt, die man nun beseitigen wolle. Er verweise hierzu auf das Thema „Autofreies Luisenviertel“, wo das Entscheidungsrecht der Bezirksvertretung nicht beachtet wurde. Dieses hole man mit den neuen Regularien nun nach. Die Bezirksvertretungen würden gestärkt werden.

Beschluss der Bezirksvertretung Langerfeld-Beyenburg vom 04.12.2018:

Die Bezirksvertretung empfiehlt dem Rat wie folgt ungeändert zu beschließen:

Der Rat der Stadt Wuppertal stimmt dem Rahmenkonzept für das Bürgerbudget 2019 zu.

Stimmenmehrheit bei  
einer Gegenstimme (SPD-Fraktion) und  
einer Enthaltung (Bündnis 90/Die Grünen)

---

**9 Neugestaltung und Sanierung von Spiel- und Bolzplätzen 2019**  
**Vorlage: VO/1018/18**

**Herr Meyer** antwortet auf die Nachfrage von **Herrn Bialas** bezüglich des Kinderspielplatzes Paul-Gerhard-Straße, wann denn mit einer Entscheidung zu rechnen sei, dass die finanziellen Mittel vom Geschäftsbereich 2 bereitgestellt würden. Er bitte die Anfrage zu protokollieren und an Herrn Dr. Kühn zu stellen.

Der Spielplatz Paul-Gerhard-Straße gehöre nicht zur Förderkulisse „Soziale Stadt“ und müsse von Seiten der Stadt somit zu 100% eigenfinanziert werden. Die Kosten für den Umbau seien zunächst grob geschätzt. Die Bezirksvertretung werde aber auf jeden Fall in die Planung mit einbezogen, auf Wunsch auch mit Ortsbesichtigung.

Die Bezirksvertretung wünsche sich auch zu den Ansätzen gesamt laut Vorlage eine Stellungnahme von Herrn Dr. Kühn.

Beschluss der Bezirksvertretung Langerfeld-Beyenburg vom 04.12.2018:

Die Bezirksvertretung empfiehlt wie folgt ungeändert zu beschließen:

Der Jugendhilfeausschuss stimmt den Maßnahmen der Neugestaltung und Sanierung von Spiel- und Bolzplätzen 2019 gemäß Vorlage zu.

Einstimmigkeit

---

**10 Information über den Einsatz der zusätzlichen investiven Mittel im Bereich Spiel- und Bolzplätze**  
**Vorlage: VO/1019/18**

Die Bezirksvertretung nimmt den Bericht der Verwaltung ohne Beschluss entgegen.

---

**11 Bebauungsplan 444 - Röckebecke -**  
**- Satzungsbeschluss zur Teilaufhebung -**  
**Vorlage: VO/0979/18**

Beschluss der Bezirksvertretung Langerfeld-Beyenburg vom 04.12.2018:

Die Bezirksvertretung empfiehlt wie folgt ungeändert zu beschließen:

1. Die insgesamt zur Teilaufhebung des Bebauungsplanes 444 – Röckebecke –eingegangenen Stellungnahmen werden gemäß den Vorschlägen der Verwaltung abgewogen und beschlossen.

2. Die Teilaufhebung des Bebauungsplanes 444 – Röckebecke – wird einschließlich der Begründung nach § 9 Abs. 8 BauGB gemäß § 10 BauGB als Satzung beschlossen.

Einstimmigkeit

---

**12 Verkehrsregelung im Bereich der Gemeinschaftsgrundschule Siegelberg  
Vorlage: VO/0937/18**

Die Ortsbesichtigung am 19.09.2018 war der Schule laut **Herrn Meyer** nicht angekündigt.

**Herr Hasenclever** empfiehlt den Vorschlag der Verwaltung an die Schulpflegschaft zu übermitteln, um von dort noch eine Stellungnahme zu erhalten.

Die Bezirksvertretung wünscht sich einen Zebrastreifen zur Entschärfung der Gefahrenlage.

**Herr Meyer** regt an, man möge sich auch an die Schule wenden, damit diese das Thema „Eltern-Taxi“ direkt mit Eltern vor Ort besprechen könne. Er könne sich auch vorstellen, vor dem Bereich der Grundschule Halteverbote installieren zu lassen. In anderen Städten gebe es hiermit gute Erfahrungen.

Die Bezirksvertretung nimmt den Bericht der Verwaltung ohne Beschluss entgegen.

Sie bittet die Verwaltung aber nach weiteren Lösungsansätzen zu suchen, die in anderen Kommunen erfolgreich umgesetzt würden.

---

**13 Antwort auf die Große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom  
14.11.2018 - Biologische Kleinkläranlagen  
Vorlage: VO/0980/18/1-A**

**Frau Eichler-Tausch** wünsche die Drucksache auf die Tagesordnung zu nehmen, diese sodann aber zu vertagen. Ihr sei bewusst, dass diese nicht innerhalb der laut Geschäftsordnung vorgesehenen Frist zur Tagesordnung angemeldet wurde.

Beschluss der Bezirksvertretung Langerfeld-Beyenburg vom 04.12.2018:

Die Bezirksvertretung beschließt den Tagesordnungspunkt auf die nächste Sitzung am 12.02.2019 zu vertagen.

Einstimmigkeit

Eberhard Hasenclever  
Bezirksbürgermeister

Oliver Saurin  
Schriftführer